

TAGUNG

Divergenzen und krisenbedingte Zentralisierung in der Europäischen Union

*Ansgar Belke und Gunther Schnabl**

Wachsende Divergenzen in Europa und die derzeit immer noch virulente Krise in Europa wurden entscheidend durch Fehlentwicklungen der europäischen Staatsanleihen- und Finanzmärkte getrieben. Per Saldo hat die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses sowohl im Norden als auch im Süden der Europäischen Union gelitten. Als Weg aus der Krise wird häufig eine stärkere Zentralisierung der Handlungen relevanter Akteure gesehen. Zudem gehen die geld- und finanzpolitischen Rettungsaktionen und die umfassenden Regulierungsbestrebungen mit einer wachsenden Bedeutung des Staates für die ökonomische Entwicklung in Europa einher.

Neben einer gemeinsamen Geldpolitik gehören auch Elemente einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu den konstitutiven Komponenten einer Wirtschafts- und Währungsunion. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine „gemeinsame Wirtschaftspolitik“ alle Bereiche der Wirtschaftspolitik umfassen muss. Darüber hinaus ist eine „gemeinsame Wirtschaftspolitik“ nicht zwingend mit einer Zentralisierung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf der Gemeinschaftsebene verbunden.

Die Organisatoren der Konferenz, *Ansgar Belke* und *Gunther Schnabl*, arbeiteten zu Beginn der Konferenz die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen für Europa in

27. Leipziger Weltwirtschaftsseminar. Konvergenz versus Divergenz in der Europäischen Union in der Krise

13./14. Januar 2014, Leipzig

Die Konferenz des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI) fand in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen an der Universität Leipzig statt.

Gefördert von der Europäischen Union und der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“

Spannungskräfte in der Europäischen Union in der Krise

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Leipzig

Historische Perspektiven

Monetäre Integration im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation

Prof. Dr. Markus DENZEL und Dr. Phillip RÖSSNER, Universität Leipzig

Herausforderungen für die Geld- und Finanzpolitik

Wege zur Konsolidierung der nationalen Finanzpolitiken

Ludger SCHUKNECHT, Leiter Grundsatzabteilung Wirtschaftspolitik, Bundesministerium für Finanzen, Berlin

* Prof. Dr. Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen.
Prof. Dr. Gunther Schnabl, Universität Leipzig.

Diese Tagung wurde mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Kommission, der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V. sowie der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“ durchgeführt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung tragen allein die Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

der derzeitigen globalen Krise heraus. Während sich das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft von Nordamerika und Europa nach Ostasien verschoben habe, habe sich das Wachstum der Industrieländer stetig verlangsamt. Bei ‚trüben‘ Wachstumsperspektiven sehe sich Europa mit zunehmenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen, wie hohen Kosten für die Finanzmarktstabilisierung, erneut drohenden Staatsschuldenkrisen und wachsender Divergenz in der Europäischen Union gegenüber. Während die Unterschiede in den Wohlstandsniveaus zwischen Zentrum und Peripherie in der Europäischen Union bis zum Ausbruch der europäischen Finanz- und Schuldenkrise stetig gesunken seien, habe sich die Schere im Verlauf der Krise wieder geöffnet. Robustem Wachstum im Norden der Europäischen Union stünden einschneidende Krisen und Stagnation im Süden und Osten gegenüber. Besonders im Süden Europas seien die Erwartungen hinsichtlich umfassender Hilfeleistungen deshalb groß.

Belke und Schnabl interpretierten die Krise in Europa als eine Krise, die ihren Ursprung an den Finanzmärkten hatte, sich zur Staatsschuldenkrise einiger EU-Mitgliedstaaten gemauert habe und nationale Regierungen, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank (EZB) vor zunehmende Herausforderungen stelle. In Deutschland und einigen kleineren nordeuropäischen Mitgliedstaaten der Union könne das Wachstum zwar noch als halbwegs robust angesehen werden. Die Staatsverschuldung wachse in diesen Ländern deutlich langsamer als in den süd-, mittel- und osteuropäischen Krisenländern. In fast allen Ländern der Union sei jedoch ein Anstieg der Staatsverschuldung weit über die Zielvorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf immer neue historische Höchststände zu verzeichnen. Da die europäischen Verträge dem Krisenmanagement durch schuldenfinanzierte Staatsausgaben Grenzen gesetzt hätten, werde die EZB in immer umfassendere Rettungsmaßnahmen wie Zinssenkungen auf die Nullgrenze, implizite Garantien für den Kauf von

Expansive Geldpolitik als Weg aus der Krise?

Prof. Dr. Jürgen STARK, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank a.D., Frankfurt

Zentralisierte Finanzpolitik und unkonventionelle Geldpolitik als Wege zur Konvergenz

Zentralisierung versus Dezentralisierung der europäischen Finanzpolitik

Dr. Guntram WOLFF, Direktor, Bruegel, Brüssel

Ordnung und Vertrauen – Zentralbank und Staat in der „Eurokrise“

Prof. Dr. Adalbert WINKLER, Frankfurt School of Finance, Frankfurt

Europäische Finanzmärkte im Wandel

Wege zu mehr Finanzmarktstabilität

Prof. Dr. Claudia BUCH, Präsidentin, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Probleme der Bankenunion

Prof. Dr. Roland VAUBEL, Universität Mannheim

Innereuropäische Ungleichgewichte

Geschäftsmodell Deutschland und Leistungsbilanzungleichgewichte in der EU

Dr. Hans-Joachim HAB, Abteilungsleiter Grundsatzfragen der Wirtschafts-, Struktur- und Industriepolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin

Greece's Past, Present and Prospects in the EMU

Nicos CHRISTODOULAKIS, Minister für Wirtschaft und Finanzen Griechenlands a.D., Athen

Politische Herausforderungen für die europäische Konvergenz

Zur Rolle Deutschlands und parteipolitischen Perspektiven in der europäischen Krise

Prof. Dr. Kurt BIEDENKOPF, Ministerpräsident des Landes Sachsen a.D., Dresden

Zur nationalen politischen Akzeptanz der europäischen Integrationsbemühungen

Ulrike GUÉROT, Senior Associate, Open Society Initiative for Europe, Brüssel

Keynote-Speech

Die regionale Fiskalpolitik der Europäischen Zentralbank

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner SINN, Präsident, CESifo, München

Staatsanleihen von Krisenstaaten oder gar den Ankauf von Staatsanleihen von Krisenländern gedrängt.

Die Krisenpolitiken auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union zielten zwar darauf ab, den Zusammenhalt Europas einschließlich seiner jungen Einheitswährung sicherzustellen. Trotzdem sei sowohl bei der Staatsverschuldung einzelner Staaten als auch innerhalb der Bilanz der EZB eine wachsende Divergenz erkennbar, die die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen untergrabe. Die Zukunftsperspektiven Europas seien durch drohende Währungsinstabilität, hohe Schuldenlasten, ungünstige demografische Strukturen, größer werdenden Reformdruck, eingetrübte Wachstumsperspektiven und vor allem aufgrund wachsender Einkommensungleichheit durch eine schwelende politische Unzufriedenheit gekennzeichnet. Die Herausforderungen seien folglich größer denn je. Die Konferenz solle deshalb dazu beitragen, nachhaltige Lösungsansätze für die virulenten Probleme der Europäischen Union zu finden.

Ein wirtschaftsgeschichtlicher Vortrag leitete die Konferenz ein. *Phillip Rössner* spannte historische Perspektiven des Tagungsthemas auf, indem er sich mit der monetären Integration im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation befasste. Er demonstrierte zunächst aus wirtschaftshistorischer Sicht die Bedeutung von Währungsstabilität für Wachstum und Wohlstand. Er betonte für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dass der sinkende Silbergehalt süddeutscher Pfennige über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten mit einem Anstieg der Kornpreise verbunden war. Phasen starker Geldentwertung seien auch Perioden gewesen, in denen sich die politische Unzufriedenheit beispielsweise in Gestalt von Bauernaufständen zeigte. Empirische Untersuchungen bestätigten, dass Perioden hoher Währungsstabilität mit stärkerem Wachstum einhergingen und umgekehrt. Die Einführung einer Einheitswährung in Deutschland ab 1871 habe das Wachstum und die Produktivitätsgewinne im Zuge der Industrialisierung befördert.

Das zweite Panel war der Diskussion um die geld- und finanzpolitische Konsolidierung gewidmet – einem Kernbereich wirtschaftspolitischer Herausforderungen in der Europäischen Union.

Der erste Vortragende, *Ludger Schuknecht*, stufte die finanzpolitische Konsolidierung als die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in Europa ein. Er erteilte Forderungen eine Absage, dass eine schuldenfinanzierte Nachfragestimulierung der Königsweg aus der Krise sei. Dafür seien die Schuldenstände in den meisten europäischen Staaten deutlich zu hoch. Die Ursache für hohe Schuldenstände sei, dass den Staaten wachsende Aufgaben der sozialen Sicherung übertragen wurden, ohne dass die Einnahmen entsprechend gewachsen seien. Mit der jüngsten Krise sei die Herkulesaufgabe der Stabilisierung von Banken und des Finanzsystems hinzugekommen, die ohne das Eingreifen der EZB viele Länder weiter in die Schuldenkrise gestürzt hätte.

Eine Strategie des Herauswachsens aus der Verschuldung sei nicht sehr aussichtsreich. Denn die ständig wachsenden Staatsquoten, die schleichende Stagnation im Verlauf der europäischen Finanz- und Schuldenkrise sowie die alternden Gesellschaften trübten die Wachstumsaussichten. Das Potenzialwachstum könne nur durch Strukturreformen und ein investitionsfreundliches Steuersystem so gesteigert werden, dass in Gesamt-Europa die Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sinken könne. Weitere Voraussetzungen seien Strukturreformen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen, um auf lange Frist die Unabhängigkeit der EZB sicherzustellen.

Der zweite Vortragende dieses Panels, *Jürgen Stark*, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, demonstrierte das Dilemma der europäischen Geldpolitik, die zunehmend für die Stabilisierung und den Zusammenhalt Europas in die Pflicht genommen werde. Er verdeutlichte, dass die Zinsen in den bedeutendsten Volkswirtschaften seit 2007 ge-

gen Null konvergierten und seit dem Erreichen der Nullzinsgrenze durch unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen wachsender Volumina ersetzt worden sind. Die angelsächsischen Zentralbanken hätten sich bereits seit 2009 angesichts einer zu niedrigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf die Steuerung der Gesamtnachfrage durch quantitative Lockerung und Forward Guidance (Garantieren eines langfristig sehr niedrigen Leitzinsniveaus) verlassen. Die EZB betreibe seit 2010 eine Quasi-Fiskalpolitik, bei der sie nicht nur kostenlose Liquidität für angeschlagene Banken zur Verfügung stelle, sondern zudem auch Staatsanleihen von Ländern kaufe, die sich in einer Rezession befinden.

Die EZB sei in die Rolle des zentralen europäischen Krisenmanagers gedrängt worden, da sie als einzige europäische Institution über die notwendige Flexibilität und ausreichende Ressourcen verfüge. Dies sei aber mit großen Risiken verbunden. Stark äußerte einerseits verfassungsrechtliche Bedenken. Die Outside Monetary Transactions (OMT) der EZB könnten auch als „Outside the Mandate Transactions“ bezeichnet werden, da sie kein geldpolitisches Instrument für den ganzen Euroraum darstellen. Sie zielten vielmehr darauf ab, die Refinanzierungskosten einzelner Mitgliedstaaten zu verringern, und verstießen damit gegen das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. Der Marktmechanismus werde über längere Zeit gestört.

Angela Merkels politische Garantie („at all costs“) und Mario Draghis operationale Garantie („whatever it takes“) hätten im März 2012 zwar die Finanzmärkte beruhigt. Auf der anderen Seite bestehe aber die Gefahr, dass durch die Flutung der Märkte mit billiger Liquidität die Konsolidierung der Bankenbilanzen und der Staatsausgaben verzögert würde. Darüber hinaus seien implizite Garantien, wie die gerade genannten, eine Einladung für neues spekulatives Verhalten auf den Finanzmärkten.

Stark verwies nachdrücklich auf die möglichen (unkontrollierbaren) Nebeneffekte der geldpo-

litischen Rettungsmaßnahmen, die faktisch keinerlei Bedingungen mehr für sehr großzügige Liquiditätszufuhr formulierten. Diese verursachten strukturelle Verzerrungen, lähmten den Interbankenmarkt, enteigneten Sparer und stellten kapitalstockfinanzierte Altersversorgungssysteme infrage. Das Risiko neuer Fehlentwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten steige und die Unabhängigkeit der Zentralbank werde unterminiert. Das Wesen der Zentralbanken habe sich grundsätzlich in Bereiche jenseits ihres in den europäischen Verträgen definierten Mandats verändert: Finanzmarktstabilisierung, Bankenaufsicht und Kreditvergabe als letzte Instanz seien in den Fokus gerückt. Geldwertstabilität und Haftung seien demgegenüber in den Hintergrund getreten.

Der nächste Themenblock „Zentralisierte Finanzpolitik und unkonventionelle Geldpolitik als Wege zur Konvergenz“ wurde von *Guntram Wolff* eingeleitet. Wolff diskutierte die Perspektiven der Finanzmarktstabilität in Europa. Er skizzierte mögliche Wege, das Bankensystem in Europa zu stabilisieren und den vielzitierten Teufelskreis zwischen Bankenproblemen und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Der Bilanztest für die Banken in Europa sei zentral für die Wiederherstellung des Vertrauens in das europäische Bankensystem, da dadurch die Risiken aufgedeckt würden, die die Marktbewertungen von Banken suggerieren. Dies sei der erste Schritt zur Bereinigung dieser Risiken, wobei die Beteiligung der Gläubiger vorrangig sei. Allerdings sei eine Beteiligung der Steuerzahler nicht auszuschließen. Deutschland müsse seine Bedenken gegen die Bankenunion aufgeben. Für einen gemeinsamen Kapitalmarkt seien europäische Banken nötig und nicht solche, die nur im eigenen Land agieren. Ein stabilerer Finanzsektor würde auch zur Stabilität der Staatsfinanzen in Europa beitragen. Mehr Solidarität, auch bei der Stabilisierung der Banken, sei ein wichtiges Signal für die Menschen in Europa.

Der zweite Sprecher dieses Panels, *Adalbert Winkler*, begegnete in seinem Vortrag der

Sichtweise, dass die Zentralbanken durch geldpolitische Rettungsmaßnahmen mit dem Aussetzen des Haftungsprinzips und dem Untergraben der Währungsstabilität die Funktionsweise der Marktwirtschaften außer Kraft setzten. Er legte dar, warum aus seiner Sicht die Zentralbank in der Krise die Pflicht habe, Ordnung und Vertrauen zu sichern. In der Krise stelle diese als ‚lender of last resort‘ durch die Zufuhr billiger Liquidität die Stabilität des Finanz- und Wirtschaftssystems sicher.

Denn in der Finanzkrise sei das Finanzsystem aufgrund seiner systemimmanenten Instabilität von Misstrauen und Ansteckungseffekten bedroht. Der Zusammenbruch einzelner Finanzinstitute könne zu unkontrollierten Kettenreaktionen führen, die nicht nur den Kollaps des Finanzsystems, sondern auch hohe Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Allein die Zentralbank könne durch die Zufuhr von Liquidität Vertrauen und Ordnung sicherstellen. Dieser Zielsetzung seien ordnungspolitische Grundprinzipien wie Haftung und Währungsstabilität klar unterzuordnen. Der Staat müsse die Zentralbank in ihrer Funktion als ‚lender of last resort‘ unterstützen, indem er Solvenzrisiken übernimmt und Durchgriffs- und Kontrollrechte gegenüber den gegen Illiquidität versicherten Banken beziehungsweise Schuldner erhält. Der Ansicht von Ordnungspolitikern wie Friedrich August von Hayek und Walter Eucken, dass Finanzmarktkrisen immer durch staatliche Fehlanreize für das Bankensystem entstehen, setzte Winkler das Argument des Fehlens alternativer Handlungsoptionen in der gegebenen Situation entgegen: In einer Krise könnten das Haftungsprinzip und das Primat der Währungspolitik nicht durchgesetzt werden, weil dadurch die Krise verstärkt würde. Jede Ankündigung, dass dem so sei, sei zeitinkonsistent.

Claudia Buch, eröffnete im Anschluss das Panel „Stabile Finanzmärkte für die Europäische Union“. Sie arbeitete aus Sicht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) verschiedene Wege zu mehr Finanzmarktstabilität in

Europa heraus. Sie sah die Europäische Bankenunion grundsätzlich als Chance, das Bankensystem in Europa zu stabilisieren und den vielzitierten Teufelskreis zwischen Bankenproblemen und Staatsverschuldung zu durchbrechen.

Eine Verbesserung der Finanzmarktordnung solle für eine europäische Aufsicht und Kontrolle über die Banken sorgen. In einem wichtigen Teilbereich der Wirtschaftspolitik, der Finanzmarktregulierung, solle daher von dem Prinzip der nationalen Kontrolle abgewichen werden. Denn in einem integrierten Finanzmarkt wirkten sich Schiefagen von Banken über Ländergrenzen hinweg aus, was zu systemischen Krisen führen könne. Die so stark in Anspruch genommene europäische Geldpolitik sei grundsätzlich ein Mechanismus der Haftung auf europäischer Ebene, dem daher ein wirksamer Aufsichtsmechanismus gegenüber stehen solle. Entscheidend sei dabei die Umsetzung eines umfassenden Konzepts, das nicht einzelne Elemente ausklammere und diese wie bisher der nationalen Ebene zuweise.

Der zweite Vortragende dieses Panels, *Roland Vaubel*, fokussierte demgegenüber die Probleme der europäischen Bankenunion. Er verwies darauf, dass die EZB die europäischen Finanzinstitute nicht besser überwachen werde als die bisherigen nationalen Aufseher – vor allem weil ihr die Anreize dazu fehlten. Es sei deshalb besser, die Vielfalt und den Wettbewerb in der Bankenregulierung zu erhalten. Konkreter stelle sich die Frage: Wer entscheidet über die Eigenkapitalanforderungen, die Einlagenversicherung und Bankenrettungsfonds – die Mitgliedstaaten, die Eurogruppe, die Europäische Union oder der Baseler Ausschuss? Als ein Anhänger des Regulierungswettbewerbs plädierte Vaubel für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, also die Übertragung der Aufgaben an die Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat habe bereits einen hinreichenden Anreiz, die Stabilität seiner Banken optimal zu sichern. Die einzelnen Staaten hätten deutlich aus der Finanzmarktkrise gelernt und ihre Finanzmarktregulierungen schon verbessert. Ei-

nige Länder wie zum Beispiel die Schweiz und Großbritannien hätten ihre Eigenkapitalanforderungen sogar stärker erhöht, als es die Basel III-Empfehlungen vorsehen. Fast alle EU-Mitgliedstaaten hätten bereits auf eigene Initiative Bankenrettungsfonds errichtet.

Da das optimale Regulierungsniveau ex ante nicht bekannt sei, seien verschiedene Lösungsversuche nötig, um aus den Erfahrungen zu lernen und die Risiken von Fehlentscheidungen zu diversifizieren. Der internationale Erfahrungsaustausch sei zwar wichtig, denn dieses Regulierungswissen sei ein internationales öffentliches Gut. Jedoch beträfen die Erkenntnisse nicht nur die Eurozone oder die Europäische Union, sondern auch die USA, die Schweiz und andere internationale Finanzzentren. Deshalb stelle zum Beispiel der Baseler Ausschuss ein geeigneteres Forum dar als die Europäische Union.

Auf dem fünften Panel wurde die Frage inner-europäischer Ungleichgewichte diskutiert. Der erste Sprecher dieses Panels, *Hans-Joachim Haß*, beleuchtete die Interaktionen zwischen dem „Geschäftsmodell Deutschland“ und den Leistungsbilanzungleichgewichten in der Europäischen Union. Sehr kontrovers werde die Antwort auf die Frage diskutiert, auf welcher Seite die Hauptverantwortung für den Abbau der globalen Handelsungleichgewichte liegt: auf Seiten der Überschuss- oder auf Seiten der Defizitländer? Würden die Überschussländer ihre Überschüsse zuvörderst durch unlautere Praktiken wie zum Beispiel Lohndumping erzielen, käme ihnen zwangsläufig ein hohes Maß an Verantwortlichkeit zu. Diese Länder müssten nur ihre unlauteren Praktiken einstellen und unmittelbar würden sich die Ungleichgewichte vermindern. Wenn jedoch Länder ihre komparativen Wettbewerbsvorteile in den Handelsbeziehungen ausspielen, treffe diese Argumentation die Realität nicht.

Die Forderung, die Überschussländer sollten ihre Exporte drosseln, indem sie weniger wettbewerbsfähig werden, stelle ökonomische Grundprinzipien auf den Kopf und führe die

grundlegende Logik des Welthandels ad absurdum. Das Streben nach höherer Produktivität stelle eines der fundamentalen Grundprinzipien der Ökonomie schlechthin dar. Allenfalls sozialistische Planwirtschaften könnten es sich vermeintlich leisten, unökonomisch zu wirtschaften. Marktwirtschaften hingegen strebten definitionsgemäß nach höherer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die primäre Verantwortung für die Beseitigung der globalen Handelsungleichgewichte liege dieser Logik zufolge bei den Defizitländern. Wenn ein Land mit seinen Produkten und Dienstleistungen in der globalen Konkurrenz nicht wettbewerbsfähig ist, dann helfe es diesem Land nicht, wenn konkurrenzfähigere Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit künstlich herunterschraubten. Die nachhaltige Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit sei der einzige erfolgversprechende Weg.

Nicos Christodoulakis ging anschließend auf „Greece’s Past, Present and Prospects in the EMU“ ein. Zehn Jahre nach der Implementierung des ökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland liege die öffentliche Verschuldung immer noch auf einem nicht nachhaltigen Niveau. Trotz aktueller Verbesserungen beim staatlichen Budgetsaldo und des gesunkenen Risikos eines Ausstiegs des Landes aus der Eurozone mangle es an Exporten und Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit übertreffe die 25-Prozent-Marke, was die sozialen Spannungen weiter erhöhe. Christodoulakis argumentierte weiter, dass die grobe Unterschätzung der negativen Wachstumseffekte der Austeritätspolitik ein kritischer Parameter dieser Fehlentwicklungen gewesen sei. Politiken sollten sich nun auf die Förderung des Wirtschaftswachstums konzentrieren. Darüber hinaus seien die fiskalpolitischen Zielwerte zu lockern, um über die Fiskalmultiplikatoren die wirtschaftliche Aktivität zu erhöhen. Dies sei der einzige Weg, der Rezession zu entkommen und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung wieder herzustellen.

Im letzten Panel der Konferenz kamen die politischen Herausforderungen für die europäi-

sche Konvergenz zur Sprache. *Kurt Biedenkopf* arbeitete mit Blick darauf die Rolle Deutschlands und die parteipolitischen Perspektiven in der europäischen Krise heraus. Er verdeutlichte, dass Europa nicht auf seine wirtschaftliche Dimension zu reduzieren sei. Europa sei nicht verhandelbar. Gerade Deutschland dürfe sich seiner historischen Verantwortung für Europa nicht entziehen. Gemeinsam müssten die Europäer bereit sein, sich der Realität zu stellen und die Konstruktionsfehler bei den Institutionen der Währungsunion lösen.

Ulrike Guérot analysierte im Anschluss die nationale politische Akzeptanz der europäischen Integrationsbemühungen. Sie nahm mit Bedauern zur Kenntnis, dass in Deutschland mit der Fixierung auf Stabilitäts- und Ordnungspolitik ein Diskurs geführt werde, der in Europa eigentlich „nicht anschlussfähig“ sei. Von der Bundesregierung sei ein Angebot zu erwarten, wie die Eurozone sinnvoll weiterentwickelt werden könne. Sie schlug als Lösung die Schaffung eines europäischen Bundesstaats vor. Dieser solle die gemeinsame Währungspolitik um eine demokratisch legitimierte Zentralgewalt ergänzen, die das Recht zu Verschuldung, Steuererhebung und einer gewissen Umverteilung haben müsse. Die Diskussion ließ allerdings offen, ob die Bürger Europas einen solchen Bundesstaat überhaupt wollen.

Hans-Werner Sinn beschloss die Konferenz mit seiner Keynote-Speech zum Thema „Die regionale Fiskalpolitik der Europäischen Zen-

tralbank“. Er vertrat die These, dass prinzipiell die Vereinigten Staaten von Europa anzustreben seien. Dies sei aber fast unrealistisch, denn die Bereitschaft der Staaten zu Souveränitätsverzicht gehe einfach nicht weit genug. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion befinde sich in keinem guten Zustand. Nicht bewährt hätten sich die ursprünglich vereinbarten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die vermeintliche Rettung des Euro sei vor allem durch die EZB und über die Target II-Salden, angekündigte Anleihekäufe („OMT“) und andere unkonventionelle Instrumente bewerkstelligt worden. Diese sei zu dieser regionalen Fiskalpolitik eigentlich nicht legitimiert.

Trotz des Einsatzes aller dieser Instrumente seien die Probleme der Eurozone strukturell und nach wie vor ungelöst. Die Wirtschaftsleistung entwickle sich enttäuschend und die Arbeitslosigkeit steige in vielen Mitgliedsländern weiter stetig an. Zudem fielen die notwendigen Preis- und Lohnsenkungen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit südlicher Mitgliedsländer so hoch aus, dass sie ohne gravierende soziale Unruhen nicht umsetzbar seien. Gewisse Erfolge bei der realen Abwertung könnten hierüber nicht hinwegtäuschen. Die Eurozone sehe sich leider einem Zukunftsszenario des Durchwurschtelns gegenüber. Angezeigt sei stattdessen aber eine europäische Schuldenkonferenz.